

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

B 20 Beschaffung, Umsetzung und Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Luzerner Volksschulen; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Bildungs- und Kulturdepartement

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Ich habe mich bereits bei der Beratung der Botschaft B 19 geäussert und insbesondere aufgezeigt, was verbessert werden soll. Es ist gut, wenn sich nun die Fraktionen dazu äussern.

Für die SVP-Fraktion spricht Stephan Dahinden.

Stephan Dahinden: Der Regierungsrat beantragt mit der Botschaft B 20 einen Sonderkredit, um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, indem er gemeinsam mit den Gemeinden die Einführung einer einheitlichen Schuladministrationssoftware, genannt «StabiLU», einführt und betreibt. Eine umfassende Projektgruppe wurde gebildet, um die Ausschreibungsunterlagen zu erstellen und sicherzustellen, dass sämtliche Anforderungen berücksichtigt werden. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf 8,76 Millionen Franken einschliesslich der einmaligen Investitionskosten sowie der wiederkehrenden Betriebs-, Wartungs- und Supportkosten während zehn Jahren und einschliesslich der Reserven. Insgesamt waren 25 Personen an der Auswertung der Zuschlagskriterien beteiligt. Die Lehren aus früheren Misserfolgen, insbesondere dem Projekt Educase, wurden in die Planung von StabiLU integriert. Die Einsetzung einer breiten Projektorganisation wurde als entscheidend erachtet, um sämtliche Anspruchsgruppen einzubeziehen und ein umfassendes Stakeholdermanagement zu gewährleisten. Ständige Gremien wie Fachausschüsse und Kernteam wurden eingesetzt, um die Projektorganisation zu unterstützen. Die breit aufgestellte Projektorganisation wird auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil des Projektes sein. Allerdings führt die Grösse der Projektorganisation dazu, dass alle unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden, was zwar gut ist, jedoch zu einem komplexen und teuren Luxusprojekt führt. Eine detaillierte Business-Analyse wurde bereits vor der Ausschreibung durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Realisierungsphase erst dann freigegeben wird, wenn ein umfassendes Detailkonzept vorliegt. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten wurden definiert, ebenso Eskalationsprozesse für den Fall von Problemen im Projektverlauf. Die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) hat das Scheitern des Projektes Educase gründlich untersucht, jedoch wurden wir erst sehr spät über diesen Bericht informiert. Die Software deckt eine Vielzahl von Schul- und Musikschulprozessen ab, darunter Reporting, Raumverwaltung, Schulgeschichte sowie

Musikschulprozesse wie Anmeldung, Zuteilung und Statistiken. Während dies für grössere Schulen einen Mehrwert darstellen kann, bedeutet es für kleinere Organisationen einen unnötigen Mehraufwand, der keinen zusätzlichen Nutzen bringt. Wir haben hinsichtlich des Datenschutzes sehr grosse Bedenken, und es muss sichergestellt werden, dass dieser unter Einbezug des kantonalen Datenschutzbeauftragten angemessen berücksichtigt wird. Auch die zusätzliche Belastung für Lehrpersonen durch die erforderliche Datenerfassung im Zusammenhang mit den Lernenden- und Klassendossiers wurde zu wenig berücksichtigt. Die Referenzobjekte haben nicht überzeugt, da sie im Vergleich zur Komplexität des Projektes des Kantons Luzern eher klein waren. Die Einsparungen und Effizienzgewinne für die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) und die Schuladministrationen in den Gemeinden sind klein, wenn es überhaupt solche gibt. Wie erwähnt haben wir zu diesem Projekt einige Bedenken, und wir können uns nach dem Desaster des Vorprojektes gegenüber dem Steuerzahler keinen Misserfolg mehr leisten. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage grossmehrheitlich zustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Gerda Jung.

Gerda Jung: Die Mitte-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den Auftrag zur Beschaffung, zur Umsetzung und zum Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Volksschulen des Kantons Luzern mit all den Erfahrungen aus dem gescheiterten Projekt umsetzt und eine gute, fundierte Botschaft über einen Sonderkredit von rund 8,7 Millionen Franken vorlegt. Die Erkenntnisse aus dem gescheiterten Projekt Educase flossen in das Konzept von StabiLU ein und werden noch einfließen. Man ist sich bewusst, dass man für das neue Projekt bei den Gemeinden, den Schulen und der Politik noch viel Vertrauen aufbauen muss. Die öffentliche Ausschreibung ist bereits erfolgt. Die künftige Schuladministrationssoftware soll zukunftsorientiert sein, damit die Kernprozesse der Volksschulbildung inklusive Tagesstrukturen standardgemäß abgedeckt sind. Die Prozesse der Musikschulen, der Sonderschulen und der Schuldienste kommen ebenfalls hinzu. Auch statistische Werte sollen darin errechnet werden können. Die Softwarelösung soll jetzt und für die Zukunft gerüstet sein, um all den Entwicklungen gerecht zu werden. Implementierungen von neuen Systemen im Schulwesen müssen möglich sein. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die Erarbeitung der neuen Software ein gemeinsames Projekt mit dem VLG ist. Die Basis muss damit im Schulalltag arbeiten und die ganzen Prozesse verstehen können. Die Mitte-Fraktion ist erfreut, mit welchen Erkenntnissen und klaren Eckwerten die Regierung den Entwurf zur Beschaffung, zur Umsetzung und zum Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Volksschulen des Kantons Luzern vorlegt. Wir wünschen uns, dass die Installation der neuen Software möglichst zeitnah zum Fliegen kommt, auch wegen der teilweise vorhandenen veralteten und nicht mehr ausbaufähigen Software an einzelnen Schulen. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen dem Dekret zu.

Für die FDP-Fraktion spricht Ramona Gut-Rogger.

Ramona Gut-Rogger: Auch hier ist für die FDP-Fraktion das Eintreten unbestritten. Die zentralen Erkenntnisse und Empfehlungen aus der Evaluation des gescheiterten Digitalisierungsprojektes Educase sind in das vorliegende Projekt eingeflossen und werden berücksichtigt. Wir gehen folglich davon aus, dass die heterogenen Ansprüche und Bedürfnisse berücksichtigt werden und eine Software beschafft wird, die sich für alle Gemeinden eignet. Damit kann in Zukunft ein Mehrwert für alle Beteiligten geschaffen werden: Prozesse werden vereinheitlicht, wertvolle finanzielle und personelle Ressourcen können eingespart werden, und die Bürokratie wird abgebaut. Entgegen der Botschaft B 19 sind hier auch die Kosten der Gemeinden dargestellt, was einen ganzheitlichen Blick auf das

Vorhaben ermöglicht. Nur wenn solche Projekte gesamtheitlich und auf Augenhöhe mit allen Involvierten angegangen werden, schaffen sie einen Mehrwert und vereinfachen die Zusammenarbeit, und es werden Ressourcen geschont und eingespart. Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Empfehlungen aus der Evaluation der AKK.

Für die SP-Fraktion spricht Jörg Meyer.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen. Mit der Anpassung des Volksschulbildungsgesetzes 2016 besteht ein gesetzlicher Auftrag für eine einheitliche Lösung. Dieser gesetzliche Auftrag ist aus unserer Sicht trotz aller Wirren um das Projekt Educase weiterhin richtig und vor allem wichtig. Es ist mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass diese Lösung wie heute Morgen erklärt kein Luxusprojekt ist, sondern schlicht eine Notwendigkeit. Es ist richtig, dass die Strukturen des Referenzkantons Appenzell Ausserrhoden nicht mit den Luzerner Strukturen vergleichbar sind. Nichtsdestotrotz muss man sich die Frage stellen, was die Lösung sein soll, wenn wir als Kanton keine einheitliche Lösung anstreben. Soll wieder jeder für sich schauen? Sollen die Gemeindeschulen ihr Expertenwissen zusammentun? Nein, ich glaube nicht, diese Zeiten sind definitiv vorbei, wenn wir über Informatiklösungen sprechen. Wie sonst sollen wir unsere Schulen, auch digital, ins 21. Jahrhundert transformieren, wenn wir uns nicht zusammenraufen und einen einheitlichen Auftrag umsetzen? Entsprechend gilt es aber, die notwendigen Mittel und Strukturen zur Verfügung zu stellen. Mit der Anpassung des Volksschulbildungsgesetzes im Jahr 2016 besteht ein gesetzlicher Auftrag. Dazu gehört richtigerweise, dass man den Gemeinden mit der Übernahme bestimmter Kosten entgegenkommen ist, in einem weiteren Sinn auch als Schadensbehebung des Vorgängerprojektes. Eine Schuladministrationssoftware ist grundsätzlich immer etwas Komplexes. Aus unserer Sicht sind aber gerade die zusätzlichen Vernetzungen zu den ergänzenden Angeboten wie Musikschulen oder Schuldiensten eine absolute Notwendigkeit, wenn ein solches Projekt Sinn machen soll. Es ist jedoch wichtig, dass man Komplexes nicht kompliziert macht. Es wird angemessene Lösungen brauchen. Wir haben in den Gemeinden und den Schulen unterschiedliche Strukturen. Daher erwarten wir ein sorgfältiges Abwägen und die Bereitschaft zu pragmatischen Lösungen, damit das System in allen Gemeinden funktionieren kann. Gemäss den Ausführungen in der Botschaft wie auch der Diskussion in der EBKK scheint man seitens des Kantons mittlerweile durchaus selbstkritisch zu sein, was das Vorgängerprojekt anbelangt, und Lehren daraus ziehen zu wollen. Die angepasste und breiter abgestützte Projektorganisation ist ein erster wichtiger Schritt. Aber man soll bekanntlich den Tag nicht vor dem Abend loben. Auf dem Papier hat es auch schon einmal gut ausgesehen. Den wirklichen Tatbeweis hat das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) beziehungsweise der Kanton erst noch zu liefern. Machen wir uns nichts vor: Ein solches Projekt bietet immer viele Verheissungen und Versprechen, ich kann Ihnen aber jetzt schon versichern, dass nicht alle und diese nicht sofort eintreffen werden. Dieses Projekt wird mit aller Wahrscheinlichkeit auch die eine oder andere Enttäuschung hervorrufen. Das liegt ein Stück weit in der Natur der Sache. Die SP-Fraktion wird das Projekt entsprechend weiterhin kritisch begleiten. Eines ist klar: Dieses Projekt muss gelingen. Man ist quasi zum Erfolg verdammt. Bei einem zweiten Debakel würde sich die Digitalisierungskompetenz des Kantons im besten Fall noch für eine Fasnachtsnummer eignen. Es geht uns nicht nur um das Go-live im Herbst 2027, sondern auch um die begleitenden Phasen. Wir fordern daher genügend Unterstützung für die Schulen während des Projektes, aber insbesondere auch in der ersten Phase nach der Inbetriebnahme. Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden letztlich die Nutzerinnen und die Nutzer. Der Mehrwert, den sie daraus erzielen, muss der zentrale Fokus sein. Es ist eigentlich kein Informatikprojekt,

wenn es erfolgreich sein soll, sondern ein Schul- und Schulentwicklungsprojekt. Die Bedürfnisse der Schulleitungen sowie Verbesserungen, Optimierungen und ein Mehrwert für Lehrpersonen müssen im Zentrum stehen. Den Schlüssel oder den USB-Stick einfach zu übergeben, bedeutet nicht automatisch Erfolg. In diesem Sinn erwarten wir seitens des BKD ganz klar, dass die EBKK offen, transparent und systematisch über die Meilensteine auf dem Laufenden gehalten wird, damit wir auch unsere Verantwortung in der politischen Begleitung wahrnehmen können.

Für die Grüne Fraktion spricht Irina Studhalter.

Irina Studhalter: Ich halte mich kurz. Dazuzulernen ist bei diesem Projekt die höchste Maxime, dazuzulernen und es besser zu machen. Die Erkenntnisse aus dem Educase-Desaster wurden ins neue vorliegende Projekt eingearbeitet. Beim Projekt StabiLu wurden verschiedene Anpassungen vorgenommen, die unter anderem von der AKK empfohlen wurden. Damit steht und fällt das Projekt. Eine einheitliche Schuladministrationssoftware ist ein zentrales Arbeitsinstrument und für die Grüne Fraktion unbestritten. Der Datenschutz und die Datensicherheit müssen gewährleistet sein und die verschiedenen Anspruchsgruppen mit einbezogen werden, um die verschiedenen Ansprüche und den Bedarf umsetzen zu können. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Angelina Spörri.

Angelina Spörri: Mit der Verabschiedung der Botschaft B 19, der Abrechnung für das gescheiterte Schuladministrationssoftwareprojekt, haben der Kanton und die Gemeinden einen hohen «Lehrblätz» bezahlt, aber mit der Aufarbeitung und genauen Analyse auch vieles dazugelernt. Die vorliegende Botschaft zeigt auf, aus welchen Fehlern der Kanton gelernt hat und mit welchen Prozessen und Abläufen er nun das neue Projekt gestartet hat und weiterentreiben will. Von Anfang an haben dieses Mal – so steht es in der Botschaft und wurde uns bei der letzten Kommissionssitzung detailliert vorgestellt – Kanton, Gemeinden und Schulen gemeinsam definiert, was sie benötigen, und auch gemeinsam einen geeigneten Softwareanbieter gefunden. Es wurde ein Anbieter gewählt, der einerseits bereits über etablierte Schulsoftwareprodukte verfügt, anderseits aber auch die Möglichkeit besitzt, spezifische Wünsche und Anpassen vorzunehmen. Dass das ganze Projekt durch einen externen Fachspezialisten im Bereich Qualitätsmanagement begleitet wird, begrüssen wir sehr. Es sind eine Kontrolle aller Teilprojekte nötig und jemand, der den Überblick behält, falls es nicht so läuft, wie es sollte. Das ganze Projekt kommt durchdacht und stimmig daher. Der Kanton ist im Lead und behält ihn, er ist der alleinige Vertragspartner und stellt den Gemeinden Rechnung. Das abgebrochene Projekt hat die Gemeinden viel Zeit und Geld gekostet. Umso mehr freut uns nun, dass in Zukunft die Betriebskosten trotz einem Topprodukt günstiger werden. Begrüssenswert scheint uns auch die Schaffung zweier kantonaler koordinierender Betriebsverantwortlichen, deren Arbeit – ich nenne es einmal als «Wiedergutmachung» – den Gemeinden erst später in Rechnung gestellt wird. Schlussendlich handelt es sich um ein Projekt von Kanton und Gemeinden, daher macht die Forderung des Kantons nach schuleigenen «Software-Powerusern» aus unserer Sicht absolut Sinn und scheint auch verhältnismässig. Was die Kosten betrifft, so scheinen vor allem die reinen Projektkosten mit über 1,6 Millionen Franken sehr hoch. Es liegt aber auf der Hand, dass die neuen Prozesse und das Ausmerzen der vergangenen Fehler etwas kosten. Die Anschaffung dieser neuen Schulverwaltungssoftware hat tatsächlich ein hohes Preisschild. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass später die Pro-Kopf-Beiträge tiefer ausfallen als beim gescheiterten ersten Anlauf. Abschliessend stellen wir fest: Dieses Projekt ist von Beginn weg unter Einbezug aller Stakeholder aufgegleist worden und wird nun auch weiterhin von vielen Fachpersonen auf diversen Ebenen professionell begleitet. Fehlerquellen und Stolpersteine

scheinen erkannt, ausgemerzt oder minimiert zu sein. Dem Kanton ist bewusst, dass dieses Projekt nun gelingen muss, nicht nur weil er zeitlich mit der Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags in Verzug ist, sondern auch weil das Vertrauen gelitten hat und nun wieder aufgebaut werden muss. Aus Sicht der GLP-Fraktion liegt mit der Botschaft ein gut geplantes Projekt vor, und wir sind zuversichtlich, dass es dieses Mal funktionieren wird. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen dem Sonderkredit zu.

Ursula Berset: Wir haben es in den bisherigen Voten gehört: Das Projekt Educase ist ein gutes Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Wenn ich jetzt höre, wie wir bei der Aufarbeitung des Projektes vorgegangen sind, muss ich sagen: Die Aufarbeitung war zwar sehr gut aufgegleist und angedacht, aber am Schluss auch nicht wirklich gelungen. Sie erinnern sich, dass wir hier im Rat vor rund zwei Jahren einen Kredit gesprochen haben, um den Fall Educase von einer Fachperson beurteilen und aufarbeiten zu lassen. Dieser Bericht liegt seit einem Jahr vor. Wir in der AKK konnten ihn lesen und würdigen. Wir haben ausgiebig darüber diskutiert, wie wir den Bericht veröffentlichen können. Wie es sich heute zeigt, ist es uns nicht einmal gelungen sicherzustellen, dass die Ergebnisse aus dem Bericht vollständig in die Beratung des Projektes Educase und des Nachfolgeprojektes StabiLu einflossen. Fakt ist, dass der AKK-Bericht der EBKK nicht vorgelegt werden konnte und auch die Empfehlungen des Berichtes erst nach Abschluss der EBKK-Beratung den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. Das haben wir nicht gut gemacht. Wir haben Geld für eine Aufarbeitung ausgegeben und in der AKK viel Zeit und Herzblut investiert, wie wir den Bericht veröffentlichen und aus dieser sehr teuren Geschichte etwas lernen können. Am Schluss waren wir aber zu spät. Es ist eine verpasste Chance. Wir werden in der AKK sicher nochmals besprechen müssen, wie wir so etwas in Zukunft besser machen können.

Urs Christian Schumacher: «Es werden absehbare, grosse Veränderungen auf uns zukommen [...]», schreibt der Regierungsrat in seiner Kantsstrategie ab 2023. Wird nun darauf aufbauend das Schuladministrationsprogramm eingeführt? In der Botschaft zu Educase vom 11. März 2016 lesen wir: «Die Schule der Zukunft zeichnet sich nicht durch die reine „Verwaltung“ einer Schulorganisation aus, sondern durch die Fähigkeit zur Kommunikation, zum koordinierten Vorgehen und zu transparenten Prozessen bei der Betreuung der einzelnen Lernenden. [...] Stichworte für diese Entwicklung sind Cloud Computing, Social Media, Social Networking. Es ist deshalb wichtig, neben der Lösung der Schuladministrationsaufgaben auch die Vernetzung mit den eigentlichen Kernaufgaben der Schule und den Einbezug der Beteiligten vollständig digital sicherzustellen.» und «[...] den künftigen Anforderungen gemäss Lehrplan 21 und den E-Government-Anforderungen zu entsprechen.» In der aktuellen Botschaft steht nichts mehr von diesen Fernzielen. Hat sie der Regierungsrat abgeschrieben, oder sollen die grossen Veränderungen eine Überraschung bleiben? Die Kernaufgabe der Schule ist die Bildung durch Lernen. Lernen ist ein analoger Vorgang, wo Interaktionen zwischen Lehrern und Schülern einen wesentlichen Einfluss auf den Lernerfolg haben. Bildung erwirbt man sich über Vorbilder und Beziehungen und weniger erfolgreich über digitale Lehrmittel und digitales Lernen in modernen Lernlandschaften. Diese Erkenntnis veranlasste unter anderem Schweden, nach einer längeren Phase mit digitalen Lehrmitteln im vergangen Schuljahr wieder Schulbücher anzuschaffen. In Birmensdorf gab es kürzlich ein Projekt zur Überwachung der Primarschüler und der Hortkinder mit elektronischen Fesseln über Bluetooth und mit Überwachungssoftware. Es scheiterte am Widerstand der Eltern. Soll nun diese Schuladministrationssoftware auch solche Aufgaben wie digitales Lernen und digitales Überwachen bewerkstelligen? Soll sie auch das Lernverhalten der Schüler statistisch erfassen, oder geht es bei StabiLu nur noch um die reine Schuladministration? Dazu wünsche ich mir ein klares Statement des Regierungsrates. Des

Weiteren bin auch ich der Meinung, dass der Regierungsrat ein umfassendes Konzept über Datenschutz und Zugangsrechte vorlegen muss, ansonsten sind die Rechtsstreitigkeiten zwischen Eltern und Schulen vorprogrammiert.

Sibylle Boos-Braun: Ich äussere mich aus Sicht der Gemeinden. Der Abbruch der ersten Lösung war für alle unbefriedigend und unschön, vor allem aber für die Schulleitungen in ihrem Alltag. Seither arbeiten viele, vor allem kleinere und mittlere Gemeinden mit veralteten Softwarelösungen. Aber so schwierig der Abbruch auch war, so war er doch richtig. Aus Sicht der Gemeinden kann gesagt werden, dass die Lehren aus dem Vorgängerprojekt zusammen mit dem Kanton gezogen wurden, auch ohne AKK-Bericht. Man spürt das hohe Engagement des BKD beim neuen Projekt, insbesondere auch des Bildungs- und Kulturdirektors. Man merkt, dass das Projekt StabiLu von Beginn weg zur Chefsache wurde. Für die Gemeinden ist es wichtig, dass die neue Lösung bald ausgerollt wird, aber natürlich erst, wenn sie funktioniert. Ich danke dem Kanton, dass er für die Zusatzaufwände der Gemeinden beim gescheiterten Projekt auf die Rechnungsstellung der ersten drei Betriebsjahre verzichtet.

Jörg Meyer: Ich möchte sicherstellen, dass aufgrund des Votums von Ursula Berset kein falscher Eindruck entsteht. Es ist richtig, dass der EBKK nicht der vollständige AKK-Bericht vorlag, sondern sie hat einen Auszug erhalten. Es ist richtig, dass dieser zu spät vorlag. Ich kann nur für uns sprechen, aber die Aspekte, auf welche die AKK hinweist, sind aus unserer Sicht primär strukturelle und operative Aspekte eines besseren Projektmanagements, die der politischen Würdigung der vorliegenden Botschaft keinen Abbruch tun oder keine andere politische Würdigung zulassen. Die EBKK hat diese Informationen zwar nicht gehabt, aber sie sind aus meiner Sicht nicht relevant für den Entscheid. Es wurde kein Entscheid mit Unsicherheit oder mit einer Blackbox «AKK-Bericht» gefällt.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich stelle fest, dass wir viele Gemeinsamkeiten haben. Wir haben das Verständnis, dass wir am gesetzlichen Auftrag festhalten wollen. Weiter stelle ich fest, dass man den bisherigen Prozess der Ausschreibung allgemein als korrekt und richtig beurteilt. Wir haben auch ein gemeinsames Verständnis in Bezug auf die Erfolgsfaktoren und die nächsten Schritte. Wir wollen die Stakeholder besser einbeziehen. Das haben wir bereits bei der Ausschreibung getan und werden es auch im weiteren Prozess tun. Es wurde mehrfach erwähnt, dass der Kanton mehr Aufgaben übernimmt, was zu einer robusteren Projektorganisation führt. Diesen Weg werden wir gerne so weitergehen. Auch die externe Begleitung wurde von verschiedenen Rednerinnen und Rednern als sehr positiv beurteilt. Jörg Meyer hat angesprochen, dass es genügend Mittel und Strukturen braucht. Es braucht genügend Unterstützung, denn schlussendlich wird an der Front darüber entschieden. Dem wollen wir genügend Gewicht beimessen. Das ist auch für uns vom BKD sehr wichtig. Zu Stefan Dahinden: Wir haben einige Differenzen. Es ist tatsächlich kein Luxusprojekt, sondern wir tun das, was nötig ist und wie es Jörg Meyer beschrieben hat. Die Kosten sind im Rahmen. Dieses Produkt ist in Betrieb. Das Referenzobjekt, der Kanton Appenzell Ausserrhoden, kann nichts dafür, dass es nicht so gross ist. Der Bildungsdirektor von Appenzell Ausserrhoden, Alfred Stricker, ist von diesem Produkt überzeugt. Anders als beim ersten Projekt ist der Kern der Software in Betrieb und funktioniert. Es gibt einige Module, die wir noch entwickeln müssen. Aber das, was einige Rednerinnen und Redner hier im Saal wollen, gibt es nicht. Es gibt keine Software, die einfach eins zu eins übernommen und eingeführt werden kann. Es braucht auch bei diesem Projekt zwingend Entwicklungsarbeit. Es wurden pragmatische Lösungen gefordert. Das werden wir so umsetzen. Wir setzen einen Standard, und das pragmatische Vorgehen wird bedingen, dass wir auch Kompromisse eingehen. Wir werden nicht alle Wünsche erfüllen können, denn das können wir nicht bezahlen. Da nicht alle

80 Gemeinden einen Spezialwunsch platzieren können, setzen wir einen Standard. Das ist vernünftig. So können wir alle 80 Gemeinden mitnehmen, von der kleinsten bis zur grössten. Mit Ursula Berset gehe ich nicht einig. Alle Erkenntnisse aus dem AKK-Bericht sind in das Projekt eingeflossen. Ich weiss nicht, wie Sie in der EBKK und der AKK miteinander umgehen. Ich kann nur sagen, dass die Regierung Einsicht hatte und den Bericht im Detail studiert und Stellung dazu genommen hat. Zu Urs Christian Schumacher: Diese Vorlage handelt nur von einem Schuladministrationsprojekt. Es geht hier nicht um eine Unterrichtsentwicklung. Wenn Sie Angst vor Überwachung oder Ähnlichem haben, so ist das nicht Teil dieser Vorlage. Es geht um eine Standardlösung der Schuladministration. Ich stelle fest, und das freut mich besonders, dass jetzt wirklich alle hinter diesem Projekt stehen: alle Fraktionen, der VLG und die Gemeinden. Beim ersten Projekt gab es gewisse Kreise, die es nie wollten und nicht unterstützt haben. Diesbezüglich sind wir nun viel weiter, nicht nur organisatorisch, sondern auch in der politischen Abstützung. Deshalb freut es mich, dass wir heute die Ampel auf Grün stellen und ein wichtiges Projekt auf den weiteren Weg schicken. Der Weg ist noch weit, und es braucht eine gute Begleitung. Wir sind also in der Verantwortung. Diese Verantwortung nehmen wir als BKD und Gesamtregierungsrat mit Freude und Leidenschaft wahr, wie wir das immer tun. Ich freue mich, wenn Sie heute dieser Vorlage ebenfalls mit Freude und Leidenschaft zustimmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Beschaffung, die Umsetzung und den Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Luzerner Volksschulen, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 103 zu 1 Stimme zu.